

## **Schriftliche Stellungnahme**

Inge Hannemann, Lüneburg

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von  
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

**siehe Anlage**

## **Schriftliche Stellungnahme**

Inge Hannemann, Lüneburg

### **zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales in Berlin am 2. November 2020**

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung:

„Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des  
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes“

Antrag der Abgeordneten Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 19/**23113**

Antrag der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/**23124**

Antrag des Abgeordneten Christian Lindner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
der FDP – Drucksache 19/**15040**

Antrag der Abgeordneten Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und der Fraktion  
der AfD – Drucksache 19/**23128**

Inge Hannemann  
e-mail: [inge.hannemann2010@gmail.com](mailto:inge.hannemann2010@gmail.com)

Lüneburg, 2. November 2020

Ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum genannten Gesetzentwurf. Zur fachlichen Beurteilung des Gesetzentwurfes fließen u.a. auch Erfahrungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII und praktische Hilfe vor Ort meinerseits ein.

## **I. Zusammenfassende Beurteilung des Gesetzentwurfs**

Das Sozialstaatsprinzip, gemäß Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz garantiert, dass jeder Bürger\*in einen Anspruch auf einen angemessenen Lebensstandard und ein menschenwürdiges Leben hat. Es ist ein grundlegendes Verfassungsrecht und beinhaltet materielle Rechte wie Kleidung, Wohnung, Körperpflege, Ernährung, Teilhabe am soziokulturellen und politischen Leben, Bildung und vielem mehr. Weit mehr als die materiellen Rechte soll das Sozialstaatsprinzip auch die Menschenwürde nach Art. 1 Grundgesetz gewährleisten. Die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip verdingen einander. Dieses wurde auch vom Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil<sup>1</sup> vom 9. Februar 2010 bestätigt. Das Urteil beschränkt sich auch nicht auf ein sog. „Übergangsrecht“ und der Argumentation, dass Sozialleistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz nur übergangsweise gezahlt werden sollen. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen auf, dass im Mai 2020<sup>2</sup> rund zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB – 4.021.178) Langzeitleistungsbeziehende (LZB – 2.665.920) waren. *„Knapp die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind bereits seit vier Jahre und länger auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen“<sup>3</sup>*, heißt es durch die Bundesagentur für Arbeit. Diese Personengruppe war in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate vom Arbeitslosengeld II abhängig. Die Grundsicherung nach SGB II und SGB XII bestimmen somit auf längere Zeit oder gar dauerhaft das Einkommen von derzeit rund sieben Millionen Menschen<sup>4</sup>.

Die Berechnung der Regelsätze nach dem SGB XII und nachfolgend in der Gültigkeit auch für das Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) nach Vorgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) alle fünf Jahre durchgeführt. Erfasst werden über drei Monate die Angaben der Haushalte zur persönlichen und sozialen Situation, Vermögen, Quellen und Höhe des Einkommens, Wohnverhältnisse sowie Ausgaben nach Zweck und ist damit eine Ist-Analyse. Nach dem Gesetzentwurf § 4 wurden zur Bestimmung der sogenannten Referenzhaushalte von den Einpersonenhaushalten die unteren 15 Prozent (27,2 Prozent Erwerbstätige, 40 Prozent Rentner\*innen, 19,1 Prozent Studierende, 13,7 Prozent Nichterwerbstätige<sup>5</sup>) und von den Familienhaushalten jeweils die unteren 20 Prozent ausgewählt. Die von der verdeckten Armut Betroffenen oder nach dem SGB II Aufstockenden

---

<sup>1</sup> Vgl. BVerfG Urteil - Leitsätze:

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/Is20100209\\_1bvl000109.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/Is20100209_1bvl000109.html) - abgerufen am 15. Oktober 2020

<sup>2</sup> Vgl. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 17

[https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202009/iiia7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-202009-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202009/iiia7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-202009-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1) – abgerufen am 15. Oktober 2020

<sup>3</sup> Ebd. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 3

<sup>4</sup> Ebd. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 6.

Vgl. Statistisches Bundesamt – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung -

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialhilfe/Tabellen/zgs-t06-2019-bq4-empf-bl-alter-geschl.html> - abgerufen am 15. Oktober 2020

<sup>5</sup> Vgl. Fraktion DIE LINKE 2020

sind inkludiert. Ausgeschlossen sind die Grundsicherungsberechtigten. Allerdings sind auch die unteren 20 Prozent, wie auch die unteren 15 Prozent, Einkommensarme und materiell Unterversorgte (Alleinstehende) und somit auch hier der große Zirkelschluss besteht. Gemäß der Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus 2010 und 2014 muss der Regelsatz / der Regelbedarf das soziokulturelle Existenzminimum einer Person absichern. Klare Vorgaben hat auch das BVerfG zur Transparenz und der Bedarfsdeckung gemacht. Im Nachhinein lässt sich festhalten, dass im Vergleich in der zuvor verwendeten Warenkorbmethode normative Kürzungen einzelner Positionen vorgenommen wurden und im vorliegenden Gesetzentwurf die gleiche Vorgehensweise wie schon in den Regelbedarfsermittlungsgesetzen 2011 und 2017 angewandt wurde. Ebenso ist die Berechnungsweise gleichgeblieben. Einzig allein wurde diesmal die Handy-Nutzung berücksichtigt.

Die Ermittlung der Regelbedarfe nach dem SGB II und SGB XII spielen auch eine wichtige Rolle in der Berechnung des Notwendigen beim Pfändungs- und Unterhaltsrechts sowie bei der Festlegung der steuerlichen Grundfreibeträge für Erwachsene und Kinder. Hier wird bestimmt, welches Einkommen der Staat nicht besteuern darf und sichert damit ein Existenzminimum aller Steuerpflichtigen. Das ist bei der Berücksichtigung zur Ermittlung der Regelbedarfe zu berücksichtigen, da es ein Zusammenspiel aller genannten Faktoren ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird den Anforderungen eines soziokulturellen Existenzminimums nicht gerecht. Das BMAS hält weiter an den intransparenten Berechnungen fest und verkennt dabei, dass die bereits schon in der Vergangenheit liegenden Regelsätze nach der benannten EVS-Berechnungsmethode zu niedrig lagen und fehleranfällig waren. Die geplanten Erhöhungen entsprechen nicht dem tatsächlichen Bedarf, welchen eine Person benötigt, um nicht über Schulden, auch wenn sie temporär sind, seinen Lebensstandard zu sichern. Insbesondere wird im Gesetzentwurf erneut vorausgesetzt, dass sich „Weiße Ware“ zusammengespart werden muss. Die außer der Reihe Regelbedarf-Erhöhlungen entsprechen kaum mehr als den sowieso jährlich stattfindenden Erhöhungen. Systematisch wird der notwendige Bedarf weiterhin kleingerechnet und ist nicht bedarfsgerecht. Damit ist u.a. eine ausgewogene Ernährung nicht möglich. Die soziokulturelle Teilhabe, wie auch diverse Ausgaben, die nicht als regelbedarfsrelevant eingestuft wurden bleiben bestehen: Urlaub, Grabschmuck, Futter für Haustiere, alle Ausgaben für's Auto oder Motorrad – auch im ländlichen Raum, wo der ÖPNV in unregelmäßigen oder kargen Abständen fährt. Das sind nur wenige Beispiele von Vielen, die das Leben von Menschen im Sozialleistungsbezug sehr erschweren und gesellschaftlich ausgrenzen. Der Bezug von Sozialleistungen ist mittlerweile zu einem Synonym für ein Leben in Armut geworden. Die gesellschaftliche Ausgrenzung ist der Alltag vieler, die von Sozialleistungen abhängig sind.

Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher aufgezeigt, dass die Not von Armut Betroffenen vorhanden ist. Hamsterkäufe, verteuerte Lebensmittel (gerade bei Obst und Gemüse), Schließungen der Tafeln oder der Ausfall des Mittagessens in den geschlossenen Kitas und den Schulen führten zu erhöhten Ausgaben, die mit den Regelsätzen nach SGB II und SGB XII nicht mehr zu leisten waren oder auf andere Art und Weise kompensiert wurden. Die Bemühungen der Bundesregierung der letzten Wochen für eingeleitete Schutzmaßnahmen möchte ich nicht kleinreden. Trotzdem ist es unverständlich, dass bei allen Sozialschutzpaketen die Ärmsten und damit auch die Schwächsten einer Gesellschaft keine zusätzlichen Hilfen erhalten haben. Aufwendungen für grundlegende Ausrüstungen, wie Mund-Nasen-Schutz oder Desinfektionsmittel, führten gerade zu Beginn der Pandemie zu erhöhten Ausgaben, die

oftmals nicht aufgefangen werden konnten. Digitale Hilfsnetzwerke, wie der Twitteraccount *@sorgeweniger* gründeten sich zwar vor der Corona-Pandemie, waren jedoch gerade zu Beginn der steigenden Corona-Fallzahlen in Deutschland, den damit verbundenen Hamsterkäufen und den steigenden Ausgaben durch die erhöhten Lebensmittelpreise ein stützendes Element für Menschen, die von Armut betroffen sind. Verifizierte Zahlen ergaben von Anfang 2019 bis September 2020 rund 26.800 Euro an Geldmitteln die zur Verfügung standen. Diese Gelder wurden gespendet und über viele bundesweite Freiwillige in Form von Paketen mit notwendigen digitalen Geräten (Homeschooling), Lebensmitteln (#Bratenpaten) und für notwendige Bekleidung (#Kleiderpaten) gesammelt und postalisch versandt. Hinzugerechnet sind hier nicht folgende weitere Spenden: Digitale E-Geräte und Zubehör, Kühlschränke, Waschmaschinen, Herde, Staubsauger, Bekleidung und allgemeine Haushaltsgegenstände (Bettwäsche, Möbel u.a.). Gerade zu Beginn des Weihnachtsfestes wird regelmäßig der Hashtag #100Kinderwünsche eingeführt, um auf diese Weise Kindern und deren Familien den Gabentisch zumindest ein wenig zu decken. Dazu gehören auch materielle Dinge wie ein Tannenbaum, Adventskalender, Weihnachtsessen oder Julklapp in den Schulen. Diese Artikel finden bis heute keine Berücksichtigung in der Regelbedarfsberechnung und müssen zusätzlich aus dem derzeitigen Regelsatz beglichen werden. Forderungen nach einem einmaligen Corona-Zuschuss in Höhe von 200 Euro und der Erhöhung der Regelbedarfe um 100 Euro von Seiten der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Gewerkschaften, dem Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Kinderschutzbund, Verbraucherschutzorganisationen und aus der Opposition wurden im Bundestag abgelehnt. Deutlicher konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass die Leistungsberechtigten im Sozialleistungsbezug oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) keine Stimme in der Politik haben. Sie wurden schlichtweg ignoriert.

## **II. Regelbedarfe und deren Zusammensetzung – Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch ab dem Jahr 2021**

In meiner Stellungnahme werde ich auf vier Bereiche der Regelbedarfe näher eingehen. Diese sind: Nahrung, Wohnungsmieten, Energiekosten und der Regelbedarf für Bildung. Diese Bereiche entsprechen den häufigsten Wortmeldungen, schriftlichen oder mündlichen Anfragen oder der Kritik am Mangel der nicht ausreichenden Regelsätzen von Leistungsberechtigten im gesamten Bundesgebiet nach dem SGB XII und SGB II an mich.

Der Regelbedarf 2021<sup>6</sup> nach dem Sozialgesetzbuch II zeigt in der Grafik schon deutlich auf, welchen Anspruch eine erwachsene alleinstehende Person für die gesellschaftliche Teilhabe hat. Einzelne betrachtet sind diese Posten bereits deutlich zu niedrig. Dieses zeigt sich signifikant beim Bildungswesen in einer Höhe von 1,58 Euro pro Monat.

---

6 Vgl. Hartz IV Regelsatz 2021 – hartziv.org – <https://www.hartziv.org/news/20200702-hartz-iv-erhoehung-2021-so-steigen-die-saetze.html> - abgerufen am 16. Oktober 2020



Noch deutlicher wird es, wenn der Regelbedarf für Kinder und Jugendliche genauer betrachtet wird:

*Regelbedarfsstufen 2020 und 2021 in Euro je Monat – Quelle: BMAS<sup>7</sup>*

### Regelbedarfsstufen 2020 und 2021 in Euro je Monat

Regelbedarfsstufe (RBS)	2020 <sup>1)</sup>	ab 1. Januar 2021	Veränderung in Euro
RBS 1: Volljährige, die nicht in einer Partnerschaft lebend	432	446	+14
RBS 2: Volljährige Partner	389	401	+12
RBS 3: SGB XII: Volljährige in Einrichtungen	345	357	+12
SGB II: 18 bis 24-Jährige im Elternhaus			
Kinder im Alter von			
RBS 4: 14 bis 17 Jahre	328	373	+45
RBS 5: 6 bis 13 Jahre	308	309	+1
RBS 6: 0 bis 5 Jahre	250	283	+33

1) geltendes Recht

<sup>7</sup> Vgl. Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe – Pressemitteilung 8. September 2020 – BMAS <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/hoehere-regelbedarfe-in-der-grundsicherung-und-sozialhilfe.html> - abgerufen am 16. Oktober 2020

## **1. Regelbedarfsstufen nach ihren Positionen - § 5 / § 6 Gesetzentwurf**

### **1.1. Abteilung 1 und 2 - Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren**

- a) Einpersonenhaushalt (150,93 Euro / Monat) → (5,03 Euro / Tag)**
- b) Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (90,52 Euro / Monat) → (3,02 Euro / Tag)**
- c) Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (118,02 Euro / Monat) → (3,93 Euro / Tag)**
- d) Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (160,38 Euro / Monat) → (5,34 Euro / Tag)**

Hinweis: Die Ausgaben für Tabak und alkoholische Getränke werden im RBEG-E 2021 nicht anerkannt! Stattdessen wird der Anteil an den Ausgaben an alkoholischen Getränken in eine äquivalente Menge Mineralwasser umgerechnet. Diese Umrechnung erfolgt auch in Einpersonenhaushalten, in denen kein Alkohol konsumiert wird. Die Regelbedarfsberechnung verringert in diesem Fall künstlich die Bedarfe für Haushalte, in denen kein Alkohol verausgabt werden. Das ist unsachgemäß.

Zwischen 3,02 Euro (Kleinkinder) und 5,34 Euro (Erwachsene) belaufen sich die Regelbedarfe für die tägliche Ernährung. Sie erhöhen sich geringfügig nach der weiteren Fortschreibung für 2021. Das ist entschieden zu wenig. Um sich gesund zu entwickeln benötigen gerade Kleinkinder und Kinder im Schulalter eine ausgewogene und gesunde Ernährung von Anfang an. Das Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung schreibt dazu:

*„Die Ernährung hat dabei vorrangig das Ziel, bei adäquater Energiezufuhr die altersgemäße Versorgung mit allen benötigten Nährstoffen für Gesundheit, Wachstum, Entwicklung und Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Neben dieser zentralen Bedeutung für die Kindergesundheit kann eine gesunde Ernährung von Anfang an auch zur Vorbeugung von Krankheiten im späteren Erwachsenenalter, z.B. Herz- Kreislauf-Krankheiten oder Typ-2-Diabetes beitragen<sup>8</sup>.“*

Die empfohlenen Richtwerte für die Energiezufuhr für Mädchen / Jungen liegen im Altern von 1 bis 18 Jahren zwischen 1.100 und 2.600 kcal/Tag, um sich mit optimierter Mischkosten ausreichend und gesund zu ernähren.

---

<sup>8</sup> Vgl. „Von Nährstoffen zu Lebensmitteln und Mahlzeiten“ – Autoren: M. Kersting, H. Kalhoff, T. Lücke - [https://www.klinikum-bochum.de/files/klinikum-bochum/dokumente/fachbereiche/kinder-und-jugendmedizin/Sonstiges/OMK%20Akt%20Ernmed%202017\\_Kersting\\_Online-PDF.pdf](https://www.klinikum-bochum.de/files/klinikum-bochum/dokumente/fachbereiche/kinder-und-jugendmedizin/Sonstiges/OMK%20Akt%20Ernmed%202017_Kersting_Online-PDF.pdf) – abgerufen am 16. Oktober 2020

Altersgruppe	Empfohlene Zufuhr (mg/Tag)	Richtwert für die Energiezufuhr (PAL = 1,4) (kcal/Tag, Mädchen-Jungen)	Abgeleitete Referenz für die Nährstoffdichte (mg/1000 kcal)
1 bis 3 Jahre	600	1100 – 1200	545 – 502
4 bis 6 Jahre	750	1300 – 1400	577 – 536
7 bis 9 Jahre	900	1500 – 1700	600 – 529
10 bis 12 Jahre	1100	1700 – 1900	644 – 579
13 bis 14 Jahre	1200	1900 – 2300	631 – 522
15 bis 18 Jahre	1200	2000 – 2600	600 – 462

► **Abb. 1** Die im Altersbereich 1 – 18 Jahre maximale Nährstoffdichte als Zielgröße für die Optimierte Mischkost am Beispiel von Kalzium. Aus dem Referenzwert pro Tag (Spalte 2) und dem Richtwert für die Energiezufuhr (Spalte 3) für die jeweilige Altersgruppe lässt sich ein Referenzwert für die Nährstoffdichte (Spalte 4) berechnen. Für Kalzium ist diese Referenz-Nährstoffdichte bei den 10 – 12-jährigen Mädchen am höchsten (644 mg/1000 kcal). Der Speiseplan sollte dementsprechend so optimiert werden, dass diese maximale Nährstoffdichte erreicht wird. Analog wurde für die anderen Nährstoffe verfahren.

Bild: Forschungsdepartment Kinderernährung (FKE, Bochum); Westfälisches Kinderzentrum (Klinikum Dortmund)

Für eine körperliche und geistige Entwicklung, Konzentrations- und Leistungsfähigkeit sowie für ein starkes Immunsystem benötigen Kinder und Jugendliche eine optimale Versorgung mit allen Nährstoffen. Neben dem Alter gibt es noch weitere Faktoren, die das Essen eines Kindes beeinflussen. Demnach werden diese Faktoren von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (kindergesundheit-info.de) genannt:

- Geschlecht: Jungen essen oft mehr als Mädchen.
- Bewegungsintensität: Kinder, die sich viel bewegen und auch sonst aktiver sind, essen schon mal mehr als ruhigere Kinder.
- Körpergröße und Körperstatur: Kleinere Kinder mit eher zartem Körperbau essen weniger als größere Kinder mit eher kompakterem Körperbau.
- Gesundheitszustand: Gesunde Kinder haben in der Regel mehr Appetit als kranke Kinder.
- Stress: Sowohl positiver als auch negativer Stress, wie zum Beispiel freudiges Aufgeregtsein oder eine Konfliktsituation, können dazu führen, dass Kinder mehr oder auch weniger als gewöhnlich essen. (Stand: 27.11.2018)

Bild: kindergesundheit-info.de

Stellt man nun die pauschalierten Regelbedarfe diesen Faktoren gegenüber, die das Essen eines Kindes auch beeinflussen können, ist ersichtlich, dass diese einheitlich sind und die Faktoren in keinem Punkt berücksichtigen. Das ergibt aus der Sachlogik bereits eine Unterdeckung beim notwendigen Ernährungsbedarf, um ein gesundes Wachstum zu garantieren.



Für Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen sind oftmals notwendige Nahrungsergänzungsmittel, wie z.B. Vitamin D3 und K2 in der Regelbedarfsberechnung überhaupt nicht berücksichtigt.

### **Forderungen:**

Das Resultat die Anpassungen der Regelbedarfe an die Preis- und Lohnentwicklung zeigt sich insbesondere bei der Veränderung der zukünftigen Regelsätze 2021 bei den sechs- bis 13-jährigen. Sie erhalten nur ein Euro mehr. Das ist beschämend und hat mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun. Vielmehr untergräbt es den gesteigerten Bedarf an gesunder und optimaler Mischkost für Heranwachsende. Diese Regelung ist ab sofort auszusetzen und die aktuellen Beträge entsprechend der tatsächlichen Preisentwicklung fortzuschreiben. Die derzeitigen Regelsätze müssen bedarfsorientiert überprüft werden. Weiterhin ist gesetzlich darauf hinzuwirken, dass das kostenlose Kita- oder Schulesse entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für eine ausgewogene Ernährung umgesetzt wird.

## **1.2. Abteilung 4 – Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung**

### **1.2.1 Wohnungsmieten**

Die Kosten der Unterkunft (KdU) werden gemäß § 35 SGB XII, § 22 SGB II und §3 AsylbLG in sogenannter „angemessener“ Höhe übernommen und werden regional analog eines vorhandenen Mietspiegels, kommunalen Konzepten oder frei nach erhöhten Wohngeldwerten bestimmt, wenn weder ein Mietspiegel noch Konzepte vorliegen. Dabei sind die zu übernehmenden Mietkosten von der Anzahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften abhängig und pro Person begrenzt. Eine Schriftliche Frage<sup>9</sup> durch die Fraktion DIE LINKE im September an die Bundesregierung ergab, dass mindestens eine Differenz in Höhe von 13 Euro bei der Übernahme der tatsächlichen Mietkosten besteht. So betragen die durchschnittlichen laufenden tatsächlichen Kosten der Unterkunft aller Haushaltsgemeinschaften mit einer Person 412 Euro. Die durchschnittlichen laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft betrugen allerdings nur 399 Euro.

Eine weitere aktuelle Anfrage<sup>10</sup> der Linksfraktion ergab, dass rund eine halbe Million Leistungsberechtigte nach dem SGB II 2019 eine Zuzahlung zu den staatlichen Mietzuschüssen von rund 86 Euro jährlich aus ihren Regelleistungen leisten mussten. Damit beläuft sich der gesamte Differenzbetrag bundesweit auf 518 Millionen Euro. Die Zuzahlungen erhöhten sich nach Hochrechnungen der Linksfraktion von 80 Euro im Jahr 2017 auf 82 Euro im Jahr 2018 und die benannten 86 Euro im Jahr 2019.

Diese zusätzlichen Kosten, die aus dem Regelbedarf nach dem SGB II geleistet werden müssen, zeigen auf, dass die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten häufig nicht realistisch ist. Auch, wenn die eigentlichen Kosten der Unterkunft nicht zur EVS-Berechnung zugehören, sind sie

---

<sup>9</sup> Vgl. Schriftliche Frage – Arbeitsnummer 307 v. 28. September 2020 - <https://www.katja-kipping.de/de/article/1809.was-bekommt-eine-hartz-iv-beziehender-monatlich-im-durchschnitt.html> - abgerufen am 23. Oktober 2020

<sup>10</sup> Vgl. „Mietausgaben für halbe Million Hartz-IV-Empfänger stetig gestiegen - <https://wirtschaft.com/mietausgaben-fuer-halbe-million-hartz-iv-empfaenger-stetig-gestiegen/> - abgerufen am 23. Oktober 2020

doch ein Posten, der durch die Zuzahlungen aus den Regelbedarfen zusätzlich gedeckt werden muss. Das reduziert das eigentliche Existenzminimum erneut; ohne eine rechnerische Beachtung in der EVS zu finden. Damit wird die Armut verstärkt, da die Kosten bei anderen Posten abgezweigt werden müssen. Weiterhin haben die Jobcenter bei ständiger Überschreitung der angemessenen Kosten der Unterkunft das Recht Leistungsberechtigte zum Umzug aufzufordern. Das kann dazu führen, dass Personen ihr gewohntes Umfeld und die damit verbundenen sozialen Kontakte verlassen müssen. Sind Kinder im Haushalt kann es auch heißen, dass sie ihren Kindergarten, ihre Kita oder ihre Schule wechseln müssen und damit Kontakte oder Freundschaften sich auflösen. Gerade die steigenden Mieten – insbesondere in größeren Städten – und die gesetzlichen Regelungen klaffen weit auseinander. Erschwerend kommt hinzu, dass Sozialleistungsberechtigte und sonstige marginalisierte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt schwer eine Wohnung finden.

### **Forderungen:**

Das derzeit „Vereinfachte Verfahren“ für die Beantragung von Arbeitslosengeld II übernimmt die tatsächlichen Mietkosten für sechs Monate. Das gilt aber nur für Neuanträge bis Ende Dezember 2020. Die Begrenzungen der Kosten der Unterkunft sind zumindest während der Corona-Pandemie für alle auszusetzen. Eine derzeitige Zwei-Klassengesellschaft an Erwerbslosen fördert nicht den sozialen Frieden.

Die Berechnung der Wohnkosten gemäß § 22 SGB II und §§ 35, 42a SGB XII müssen weitaus mehr an der Realität des vorhandenen Wohnraums und den jährlichen Preissteigerungen am Immobilienmarkt angepasst werden. Dabei sind Angebots- und Neuvertragsmieten zu berücksichtigen. Die bisherige Berücksichtigung in der Angemessenheit einer Miete nach dem einfachen Wohnungsstandard und Lage muss gerade in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt auf mittleren Standard und Lage heraufgestuft werden. Bisher werden auch Wohnungen in die Berechnung der Angemessenheitswerte einbezogen, die dem Grunde nach unzumutbar sind: fehlende Heizung, Kochgelegenheiten oder Bad. Diese Wohnungen müssen aus der Berechnung heraus.

Zwangsumzüge, wenn Mietkosten die Angemessenheitswerte überschreiten, sind zu vermeiden, um Wohnungslosigkeit zu verhindern. Eine konkrete Angemessenheit ist im Einzelfall zu überprüfen. Unabhängig der derzeitigen Regelungen im „Vereinfachten Verfahren“ Arbeitslosengeld II zu beantragen, sollten während der ersten zwei Jahre eines Leitungsbezuges die tatsächlichen Mietkosten übernommen werden. Kostensenkungsaufforderungen sollten erst dann stattfinden, wenn die konkrete Wohn- und Lebenssituation im Einzelfall geprüft wurde.

Die Sonderregelung (§22 (5) SGB II) für unter 25-Jährige, die sie dazu verpflichten bei ihren Eltern zu wohnen, ist aufzuheben. Gerade die Beweislast von schwerwiegenden Gründen um einen Auszug zu rechtfertigen, welche nach §22 (5) vorausgesetzt wird, sind zusätzliche psychische Belastungen der jungen Menschen. Hierzu müssen sie oftmals psychologische Gutachten oder ausführliche Erklärungen einer Straßensozialarbeit vorlegen. Diese Verbindungen bestehen jedoch nicht immer. Allen Erwachsenen sollte die Gründung eines eigenen Haushalts ermöglicht werden.

### 1.2.2. Energie:

- a) **Einpersonenhaushalt** 36,87 Euro / Monat
- b) **Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres** 8,63 Euro / Monat
- c) **Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres** 13,90 Euro / Monat
- d) **Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres** 19,73 Euro / Monat

2019 wurden in rund 289.000 Haushalten vorübergehend der Strom abgeklemmt. Damit ist die Zahl um rund 7.000 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Strom darf gesperrt werden, wenn Kunden mit mindestens 100 Euro im Zahlungsverzug sind. Nach einer Sperrandrohung darf der Strom frühestens vier Wochen später abgestellt werden. Von Sperrandrohungen waren 2019 rund 4,75 Millionen Haushalte betroffen.

Nach Recherchen des Vergleichsportals Verivox<sup>11</sup> enthält auch der Hartz-IV-Satz für 2021 zu wenig Geld für Strom. Demnach beläuft sich der Fehlbetrag für Alleinstehende auf knapp 100 Euro im Jahr. Nach Verivox Berechnungen belaufen sich die Stromkosten für einen Singlehaushalt mit einem Verbrauch von 1.500 Kilowattstunden im Bundesdurchschnitt auf monatlich 43,17 Euro. Ohne die Fortschreibung der EVS (35,30 Euro Stromkosten für 2021) errechnete Verivox ein Minus von 22 Prozent, um die Lücke der Kosten zu füllen. *„Für Hartz-IV-Empfänger, die Strom aus der Grundversorgung beziehen, ist die Lücke noch deutlich größer. Hier übersteigen die tatsächlichen Stromkosten von 48,75 Euro monatlich den Regelsatz um 38 Prozent“*, argumentiert Verivox weiter. Regional sind die Unterschiede noch größer. So müssen Leistungsberechtigte nach dem SGB II und SGB XII in Schleswig-Holstein jeden Monat 51,75 Euro für Strom aufwenden und liegen damit um knapp 47 Prozent höher als die Grundsicherung vorsieht. Jährlich ergeben dieses rund 197 Euro mehr als durch die Sozialleistungen abgedeckt werden. In Hamburg sind es 45 Prozent mehr, in Baden-Württemberg rund 41 Prozent und in Bremen rund 25 Prozent. Ähnliches findet sich bei der Warmwasseraufbereitung mit einem Durchlauferhitzer. Zwar werden von den Ämtern rund 10 Euro monatlich Zuschuss gewährt, der jedoch nicht deckend ist, da sich die tatsächlichen Mehrkosten auf mehr als 20 Euro belaufen. Verivox kritisiert, dass der jährliche Fehlbetrag steigt: *„Waren es 2019 noch 101 Euro, mussten sie 2020 bereits eine Lücke von durchschnittlich 115 Euro in Kauf nehmen. Im kommenden Jahr wird sich der Fehlbetrag auf durchschnittlich 161 Euro in der Grundversorgung belaufen.“* Hartz IV ist seit der Einführung um rund 27 Prozent gestiegen. Die Stromkosten haben sich jedoch im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 61 Prozent verteuert – in der Grundversorgung sogar um 78 Prozent. Nach der neuesten Berechnung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) haben die privaten Haushalte im 1. Halbjahr 2020 im Durchschnitt 31,94 Cent je Kilowattstunde Strom gezahlt. Die Strompreise stiegen damit gegenüber dem 2. Halbjahr 2019 um 6,8 Prozent<sup>12</sup>.

Ein Stromanbieterwechsel ist bei vorhandener schlechter Bonität kaum möglich. So bleiben die Leistungsberechtigten nach SGB XII und SGB II gezwungen die erhöhten Strompreise ihres

---

<sup>11</sup> Vgl. „Stromkosten in Hartz IV: Fast 100 Euro zu wenig“ - <https://www.stromauskunft.de/service/energienachrichten/19802530.stromkosten-in-hartz-iv-fast-100-euro-zu-wenig/> - abgerufen am 16. Oktober 2020

<sup>12</sup> Vgl. Pressemitteilung Nr. 417 vom 22. Oktober 2020 - [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20\\_417\\_61243.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_417_61243.html) - abgerufen am 22. Oktober 2020

aktuellen oder örtlichen Versorgers zu begleichen. Weiterhin ist zu bemerken, dass Haushalte im Sozialleistungsbezug kaum über energiesparende Geräte verfügen; was die Stromkosten ebenfalls erhöht. Es ist realitätsfern zu glauben, dass diese Haushalte einen unter dem Durchschnitt liegenden Stromverbrauch erreichen können. Durch die tägliche, fast rund um die Uhr Anwesenheit in der Wohnung ist ein erhöhter Stromverbrauch vorprogrammiert. Viele Leistungsberechtigte leben in schlecht isolierten Wohnungen und sind somit in Teilen auf zusätzliche Heizgeräte - die mit Strom betrieben werden – angewiesen. Oftmals kostenlose Energiespar-Beratungen durch Verbände laufen ins Leere, wenn eine energiesparende Ausrüstung nicht zu leisten ist. Bereits 2014 hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung auferlegt, dass „die Entwicklung der Preise für Hausstrom berücksichtigt werden. Ist eine existenzgefährdende Unterdeckung durch unvermittelt auftretende, extreme Preissteigerungen nicht auszuschließen, darf der Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten<sup>13</sup>“.

### **Forderungen:**

Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten bei den Energiekosten liegen in den erheblichen Preissteigerungen und den Schwierigkeiten beim Wechsel der Stromanbieter, wenn die Bonität eingeschränkt ist. Verbunden ist damit der viel zu niedrig angesetzte Regelbedarf der Energiekosten, um diese zu decken. Die Versorgung mit Strom ist ein Teil unserer Grundrechte. Die derzeitigen Energiekosten im Regelbedarf müssen am tatsächlichen Verbrauch angepasst werden.

Um energiearme Geräte anzuschaffen, muss die „Weiße Ware“ wieder, wie im alten Bundesozialhilfegesetz, als Zuschuss gewährt werden. Diese Forderung entspricht ebenfalls der Forderung durch die Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 19/23113. Nur so ist es möglich, bei Austausch von defekten Geräten, energiesparsamere und damit auch klimafreundlichere Geräte anzuschaffen.

### **1.3. Abteilung 10 – Bildungswesen**

- e) Einpersonenhaushalt 1,57 Euro / Monat**
- f) Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 1,49 Euro / Monat**
- g) Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 1,56 Euro / Monat**
- h) Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 0,64 Cent / Monat**

Die zugestandenen Summen für Bildung zwischen 0,64 Cent für Jugendliche und 1,57 Euro für Erwachsene im Monat decken nicht mal ein gebrauchtes Comicheft auf dem Flohmarkt ab. Der Gesetzentwurf verweist mehrmals auf das Bildungs- und Teilhabepaket nach § 28 SGB II, welches zwar für Vereine oder Musikschule eingesetzt werden kann, jedoch häufig nicht deren Kosten decken. So sind zum Beispiel ein paar neue Fußballschuhe oder ein neues gebrauchtes Musikinstrument nicht damit abgedeckt. Diese Beispiele gehören jedoch zum Alltag einer Mitgliedschaft dazu. Zu bedenken ist, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und

---

<sup>13</sup> Vgl. BVerfG 2014, Rn. 144 -

[https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/07/1s20140723\\_1bvl001012.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/07/1s20140723_1bvl001012.html) - abgerufen am 15. Oktober 2020

Teilhabepaket von der ortsansässigen Struktur abhängig sind und nicht eingelöst werden können, wenn es keine Angebote gibt. Kinder, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen laufen Gefahr den Anschluss ihrer Schulklasse oder in der Ausbildung zu verlieren. Zumindest werden sie stark eingeschränkt, wenn die finanzielle Möglichkeit nicht besteht, eigentlich notwendige Bücher für den Schulunterricht oder für die Ausbildung zu beschaffen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Büchereien / Bücherhallen flächendeckend zu erreichen sind. Die Chance einer Bildungschancengleichheit wird mit dem Regelbedarf für Bildung vertan, wenn nicht sogar negiert.

### **Forderungen:**

Bildungschancengleichheit muss für alle gelten. Für alle Kinder und Jugendlichen ist ein altersspezifischer Bedarf, einschließlich soziokultureller Teilhabe, sicherzustellen. Eine Bildungschancengleichheit darf nicht vom Geldbeutel oder Herkunft des Elternhauses abhängig sein. Aus diesem Grund muss der Regelbedarf bedarfsgerecht nach Alter der Kinder angepasst werden. Der Verweis auf das Bildungs- und Teilhabepaket darf nicht länger als Argumentation herhalten. Dazu eignet sich, dass die bisherigen Referenzgruppen in die nächste höhere Einkommensgrenze ausgeweitet werden, bis eine ausreichend große Stichprobe von Haushalten einbezogen ist, die aussagefähige und belastbare Daten liefern kann. Ergeben sich hier starke Unterschiede, können die Beträge der höheren Einkommensgruppen in die Regelleistungen einfließen. Denkbar wäre auch über die Gesetzgebung, dass bei außerordentlichen Aufwendungen – insbesondere im Schulbedarf – unbürokratisch ein Mehrbedarf von Seiten des SGB II, SGB XII und AsylbLG genehmigt wird. Obwohl das SGB II gemäß § 21 Abs. 6 und gemäß § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII sowie § 6 Abs. 1 S. 1 AsylbLG einen Härtefallmehrbedarf regelt, müssen immer wieder Gerichte bemüht werden, die anschließend die bestehenden gesetzlichen Regelungen bestätigen.

Mittelfristig muss jedoch darüber nachgedacht werden für Kinder und Jugendliche eine existenzsichernde Kindergrundsicherung einzuführen, da die derzeitigen Kinderregelsätze aus der unzureichenden Datenlage nicht ableitbar sind. Dabei sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren auch aus den Jobcentern herauszunehmen: Kinder sind keine kleinen Erwerbslosen. Die Kindergrundsicherung muss zumindest alle bisherigen Regelsätze nach dem SGB II und XII sowie das Kindergeld und den Kinderzuschlag ersetzen. Ein Anrechnen des Kindergeldes, wie es jetzt nach dem SGB II und XII erfolgt muss ersatzlos gestrichen werden, um so erfolgreich der Elternarmut, und der damit verbundenen Kinderarmut, entgegen zu wirken.

### **III. Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Artikel 3**

Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder sich noch im Asylverfahren befinden, besitzen eine Aufenthaltsgenehmigung bzw. Duldung. Sie erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 2012 entschieden, dass die Leistungen für Asylsuchende regelmäßig an die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) angepasst werden müssen. Zuletzt wurden die Leistungen 2015 angehoben. Eine grundlegende Neuregelung scheiterte 2016 im Bundesrat. Seitdem gelten die alten Regelsätze fort. Diese Leistungen liegen unter dem Niveau des SGB II und SGB XII.

Denklogisch ist es nicht nachvollziehbar, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Dasein bestimmten Menschen vorenthalten wird. Asylleistungsberechtigte, Drittstaatsangehörige oder Geflüchtete müssen die gleichen Existenzsicherungsleistungen

erhalten wie Inländer. Ausgrenzungen durch geringeren Leistungsanspruch verletzt die Menschenwürde und schließt auch diese Menschen aus der soziokulturellen Teilhabe aus. Eine erfolgreiche Integration kann so nur schwer oder nicht erfolgen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Asylverfahren oftmals sehr lange hinziehen und/oder ein Beschäftigungsverbot auferlegt wird. Eine Hilfebedürftigkeit kann so nicht beendet werden. Bereits 2012 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geurteilt, dass die in Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren sei<sup>14</sup>. Trotzdem ist die Leistung nach dem AsylbLG in 2020 mit rund 19 Prozent geringer als nach dem SGB II und SGB XII (alleinstehende Person 351 Euro statt 432 Euro). Im September 2019 wurden im Rahmen des dritten Änderungsgesetz zum AsylbLG weitere Verschärfungen eingeführt. Leistungen für Alleinstehende in Sammelunterkünften wurden um zehn Prozent gekürzt. Bis heute ist das AsylbLG ein diskriminierendes Sonderrecht, welches auch gerne von rechten Parteien populistisch ausgeschlachtet wird.

### **Forderungen:**

Asylsuchende und geduldete Geflüchtete müssen gleiche soziale Leistungen, Rechte und einen gleichberechtigten Zugang zu den Sozialleistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten wie alle anderen. Damit ist auch ein regulärer Krankenversicherungsschutz abgedeckt, um eine optimale Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten. Arbeits- und Ausbittungsverbote sind aufzuheben, um somit eine bestehende Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zumindest zu verringern.

### **Fazit:**

In meinem Alltag bin ich täglich mit Schreiben von Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII konfrontiert. Zumeist handelt es sich um sogenannte Anfragen zu rechtlichen Leistungen nach den benannten Sozialgesetzbüchern. Sekundär folgen Schreiben oder Stellungnahmen zur eigenen Biographie und Erlebnissen. In Teilen sind gerade diese erschreckend zu lesen. Dabei geht es nicht primär darum sich an den Sozialleistungen zu bereichern. Vielmehr liegt der Fokus darauf die laufenden Kosten- insbesondere Energiekosten und Kosten der Unterkunft (KdU) - die durch das SGB II und XII oftmals nicht vollständig übernommen werden, zu begleichen. Mit dem Ausgleich der erhöhten Energiekosten und Mietkosten aus dem laufenden Regelsatz fehlt dann genau dieser Betrag, um den täglichen Bedarf zu decken. Im Bereich der Erwachsenen wird hier zumeist auf ein tägliches warmes Essen verzichtet und nur alle zwei bis drei Tage gekocht. In Haushalten mit Kindern, inkl. Alleinerziehende, wird am Regelbedarf für die Eltern gespart. Kleinteilig wird darauf geachtet, dass zumindest ihre Kinder im Haushalt ein tägliches warmes Essen erhalten oder der sonstige Bedarf gedeckt wird.

Die Corona-Pandemie verstärkte diese Not und machte sie noch sichtbarer. Die Mehrwertsteuersenkung brachte diesen Haushalten keine spürbare finanzielle Erleichterung, da die drei Prozent MwSt-Senkung bei den geringen Ausgaben kaum Auswirkungen hatte. Auch hatte sie zur Folge, dass rund 650 Tausend, insbesondere Soloselbstständige, im sog. Vereinfachten Verfahren Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beantragt haben. Nötig wurde dieses, weil Soloselbstständige, wie Künstler oder sonstige Freischaffende i.d.R. keinen Anspruch auf

---

<sup>14</sup> Vgl. „Leitsätze zum Urteil des ersten Senats vom 18. Juli 2012“ - [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718\\_1bvl001010.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718_1bvl001010.html) - abgerufen am 17. Oktober 2020

die Bundes-Corona-Soforthilfe haben. Diese setzt nämlich fixe Betriebskosten voraus, die zumeist nicht bestehen, weil Freischaffende oftmals von zuhause arbeiten. In vielen Gesprächen mit Soloselbstständigen ließ sich feststellen, dass das Vereinfachte Verfahren um zumindest Hartz IV zu erhalten, eher von ihnen abgelehnt wurde. Die Komplexität, auch wenn der eigentliche Antrag um viele Seiten verkürzt ist, hindert(e) an der Beantragung. Dazu zählte insbesondere das Einreichen der vollständigen Kontoauszüge der letzten sechs Monate, sämtliche Belege über das eigene Vermögen, Versicherungen, Eigentum, Steuerbelege, Businesspläne oder sonstige Liquiditätsbescheinigungen. Bestand der Haushalt noch aus weiteren Personen und bildeten somit eine Bedarfsgemeinschaft multiplizierten sich die notwendigen Unterlagen entsprechend der zusätzlichen Personenanzahl. Insofern zeigte sich auch hier, dass bürokratische Hürden eigentliche vereinfachte Hilfen kompliziert machten und in Teilen damit wirkungslos waren. In diesem Fall wäre eine unabhängige Sozialkommission, die ich im letzten Abschnitt (Seite 15) näher beleuchtete, wichtig gewesen.

### **Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankte**

Einen größeren Bereich nehmen auch Menschen mit Behinderung oder chronisch Erkrankte ein. Notwendige Bedarf lassen sich mit den durchschnittlichen Datenerfassungen und Werte der EVS nicht pauschalisieren. Ein selbstbestimmtes Leben wird hier unterbunden. Menschen mit Behinderung oder chronisch Erkrankte benötigen oftmals zusätzliche Medikamente, die nicht mehr rezeptpflichtig aber apothekenpflichtig (OTC-Präparate) sind oder Nahrungsergänzungsmittel, die sowieso schon aus dem Budget der Krankenkassen herausgefallen sind. Zuzahlungsbefreiungen zu Medikamenten, Krankenhausaufenthalten, benötigte Physiotherapie oder ähnliches werden bereits zu Beginn des Jahres über die Zuzahlungsbefreiung der Krankenkasse als chronisch erkrankt beantragt und sind i.d.R. bekannt. Erschwerend zu den Zusatzkosten von Medikamenten o.ä. sind die sog. „IGel-Leistungen“ der Ärzte, die angeboten werden, wenn Untersuchungen nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden. Dazu zählt als Beispiel die Krebsvorsorge von Frauen und Männern. Rund 35 Euro für eine Ultraschalluntersuchung sind für Menschen im Sozialleistungsbezug sehr viel Geld. Diese Ausgabe wird dann gerne in Mahlzeiten umgerechnet, die dann wegfallen können, wenn eine eigentlich notwendige IGel-Leistung in Anspruch genommen wird. Zuweilen „siegte“ die Nahrungsaufnahme und eine notwendige Vorsorgeuntersuchung findet nicht statt. Das kann zu einer gefährlichen Unterdeckung und negativen gesundheitlichen Folgen der eigenen Gesundheit führen. Dieses Beispiel kann mit weiteren Beispielen, wie eine neue notwendige Brille, erweitert werden. Der Regelbedarf in Höhe von 16,60 Euro einer alleinstehenden Person nach dem Gesetzentwurf für die Gesundheitsversorgung, die von der Krankenversicherung nicht übernommen wird, reicht hier nicht aus. Den besonderen Bedarf, den Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen haben, wird dieser Satz nicht gerecht. Der Härtefallmehrbedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II, § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII und § 6 Abs. 1 S. 1 AsylbLG greifen hier nicht, da die OTC-Präparate im Regelbedarf berücksichtigt sind. Ich fordere daher, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) eine bedarfsorientierte Lösung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II, XII und AsylbLG findet und zeitnah umsetzt. Diese sachgerechte Lösung muss ebenfalls im SGB V und SGB IX Berücksichtigung finden. Weiterhin findet der Gesetzentwurf keine Berücksichtigung von erhöhten Kosten für Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, wo insbesondere ein erhöhter Energiebedarf (z.B. stromabhängige Geräte) besteht. Dieser Bedarf muss auch hier, wie bei allen anderen Gruppen, bedarfsgerecht überprüft und angepasst

werden. Notwendige Hilfsmittel, müssen, wenn die Krankenversicherungen diese ablehnen, als Einmalleistung und als Zuschuss gewährt werden.

## **Abschluss**

Die Stellungnahme behandelt das soziokulturelle Existenzminimum, welches nicht unterschritten werden darf und es damit um ein Grundrecht unserer Verfassung geht. Die Bedarfsermittlung nach der EVS muss methodisch sauber und transparent sein. Dieses ist auch beim jetzigen Gesetzentwurf nicht sichtbar: Abschlüsse oder gar der Verzicht auf einzelne Posten wird weder begründet noch sind sie transparent. Vielmehr bilden die EVS-Daten den Mangel ab als den eigentlichen bedarfsgerechten und tatsächlichen Bedarf. Größere notwendige Posten (Weiße Ware, Brille, Fahrrad u.a.) sind aus dem in der Vergangenheit und den in der Zukunft festgesetzten Regelbedarfen weder berücksichtigt noch zu finanzieren. Ein Sparen auf längere Sicht ist kaum möglich.

Die Forderungen nach einem höheren Regelsatz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von durchschnittlichen 650 Euro/Monat und der Übernahme der tatsächlichen Stromkosten unterstütze ich. Diese Forderungen unterstreichen auch meine vielfach geführten Gespräche mit Sozialleistungsberechtigten, die ihren jetzigen Regelsatz von 432 Euro/Monat (alleinstehende Person) mit einem Ein-Euro-Job und einem durchschnittlichen Einkommen von 130 Euro bis 160 Euro oder einem Mini-Job bis zur angerechneten Freigrenze von 170 Euro oder der allgemeinen Freigrenze von 100 Euro aufstocken. Mit dieser Argumentation erhöht sich der notwendige Regelsatz nach SGB XII und SGB II auf 600 Euro. Dabei sind die Stromkosten und der eigene Anteil an den Mietkosten nicht berücksichtigt. Auf Nachfrage dieser bei den Sozialleistungsberechtigten wird im Durchschnitt eine Summe von zusätzlichen 50 Euro benannt ( 30 Euro Stromaufschlag, 20 Euro zusätzlicher Mietanteil). Somit werden mindestens monatlich rund 650 Euro an Leistungen nach dem SGB XII und SGB II benötigt. Dieses zusätzliche Einkommen wird zumeist für nicht kalkulierbare Sonderausgaben, für erhöhte Stromkosten oder für Ausgaben angespart oder verwendet, die nach der EVS-Berechnung ausgeschlossen sind.

Das mittel- und langfristige Ziel muss jedoch sein, dass die Aufnahme einer Tätigkeit, insbesondere im Bereich der Mini-Jobs zum einen den Mindestlohn übersteigt und zum anderen die Hinzuverdienstgrenzen erhöht werden, um die eigene Hilfebedürftigkeit gegenüber des Jobcenters zu reduzieren. Die derzeitigen schlechteren Regelungen des Hinzuverdienstes nach dem SGB XII sind dem anzupassen. Parallel ist es ebenso zwingend notwendig, dass die Mini-Jobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten umgewandelt werden, um so zumindest einen geringen Anspruch auf die gesetzliche Arbeitslosenversicherung zu erlangen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis)<sup>15</sup> neu errechnet hat, war jede/r fünfte abhängig Beschäftigte 2018 im Niedriglohnsektor tätig. Besonders stark ist der Niedriglohn im Gastgewerbe (67 Prozent) und im Handel (29 Prozent) vertreten. Gerade in diesen Bereichen ist die Aufnahme eines Mini-Jobs, um aufstockendes Arbeitslosengeld II zu erzielen, breit vertreten. Da gerade die Gastronomie saisonal abhängig ist, wird es schwierig den eigenen Mini-Job in eine reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeit umzuwandeln. Der Vorschlag der FDP Fraktion in ihrer Drucksache 19/15040 einer

---

<sup>15</sup> Vgl. Pressemitteilung Nr. 416 vom 21. Oktober 2020 - [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20\\_416\\_623.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_416_623.html) - abgerufen am 22. Oktober 2020



Ausweitung von Lohnkostenzuschüssen im ersten Arbeitsmarkt kann kritisch betrachtet werden. Aus vielen Gesprächen mit Mitarbeiter\*innen aus den Arbeitsagenturen ist mir bekannt, dass die Anträge auf Lohnkostenzuschüsse, wie Eingliederungszuschüsse, ohne Scheu übermäßig durch Unternehmen beantragt werden. Die Bewilligung von Eingliederungszuschüssen setzen in der Person begründete Minderleistung oder Vermittlungshemmnisse voraus. Die Unternehmen sind verpflichtet nachzuweisen, dass ihnen mit der Einstellung eines Beschäftigten finanzielle Nachteile entstehen. Eine Überprüfung des Anspruchs auf Eingliederungszuschüssen und den gesetzlichen Anspruch durch die Mitarbeiter\*innen der Bundesagentur für Arbeit ist nicht gestattet. Das erleichtert den Missbrauch von Lohnzuschüssen durch die Unternehmen. Aus diesem Grund muss zumindest bei der Forderung der Ausweitung von Lohnkostenzuschüssen durch die FDP eine Kontrollfunktion durch die Mitarbeiter\*innen der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden.

Der Gesetzentwurf zeigt deutlich auf, dass die Bemessung der Regelbedarfe nach ministerialbürokratischen Gutdünken entworfen wurde. Und dieser Entwurf geht, wie bereits mehrfach erwähnt, an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Ich fordere von daher eine unabhängige Sozialkommission, die sich aus Vertreter\*innen der Wohlfahrts- und Sozialverbänden, von Armut Betroffene, Wissenschaftler\*innen, Sozialpartner\*innen aus Erwerbslosen- und Sozialinitiativen und kommunalen Vertreter\*innen zusammensetzt. Deren Aufgabe ist die Erarbeitung und Vorlage von Vorschlägen einer bedarfsgerechten EVS-Auswertung für die Bundesregierung sowie den zuständigen Ministerien. Dabei müssen die Regelbedarfsstufen (RBS) – insbesondere die RBS 2 und 3 – in den Fokus genommen werden, um so eine Verfassungsrechtliche Wertung vorzunehmen und anzupassen. Die Forderung, die Regelbedarfsstufen 2 und 3 anzupassen findet sich auch im Antrag der Fraktion DIE LINKE (DR 19/23113) sowie in einer leicht veränderten Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DR 19/23124) wieder. So wird gefordert, die RBS 3 im SGB XII und SGB II abzuschaffen und Menschen, die nach §42b SGB XII in Wohnheimen leben zukünftig von der RBS 2 in die RBS 1 einzuordnen. Gerade die RBS 2 (Volljährige Partner) kann eine Armutsspirale in Gang setzen, da das Einkommen der oder des Partners als Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II herangezogen wird. Bereits eine minimalste Überschreitung der entgeltlichen Anspruchsberechtigung kann dazu führen, dass durch die Hilfeverweigerung nach dem SGB II das einzelne Einkommen der oder des Partners nicht für die gesamte Bedarfsgemeinschaft ausreicht. In diesem Fall werden das Sozialstaatsgebot und der Menschenwürdegrundsatz tangiert und verletzt. Die voraussetzende Einstandspflicht (Einstandsgemeinschaft) und der damit verbundenen Bedarfsgemeinschaft nach §7 (3) Nr. 3 münden in der Beweislastpflicht durch die Bedarfsgemeinschaft in Teilen zu skurrilen und oftmals nicht nachvollziehbaren Entscheidungen durch die Jobcenter. Es stellt sich hier die Frage, wie zwei Personen im Rechtssinn beweisen sollen, dass sie nicht füreinander eintreten wollen?

Die Sozialkommission und deren Ergebnisse können nicht nur zu einer sozialgerechteren Berechnung führen, sondern auch eine gesellschaftliche breitere Debatte eröffnen. Gleichzeitig ist damit die Chance höher, dass die sogenannte „verdeckte Armut“ sichtbar wird. So wird eine realistischere und transparentere Lebensrealität von Armut Betroffenen ersichtlich und Maßnahmen gegen die steigende Armut können zielgerichtet eingeleitet werden. Ziel muss es sein eine interdisziplinäre Entwicklung von Lösungsansätzen mit Einbindung von Armut Betroffene und Institutionen, die tagtäglich mit der Realität von Sozialleistungsberechtigten zu tun haben, ins Leben zu rufen.